

„Wir haben die gleichen Probleme wie andere Unternehmen, aber...

... wir versuchen, sie gemeinsam und konstruktiv zu lösen.“ Selbstverständlich weiß Christian Schwandt, der Vorsitzende des Konzernbetriebsrats der Salzgitter AG, dass es der Stahlbranche aktuell gar nicht rosig geht – sein Unternehmen nicht ausgenommen. Aber er weiß auch um zwei Institutionen, die den ganzen Unterschied ausmachen: die Montanmitbestimmung und die Landesbeteiligung an der Salzgitter AG, die das Unternehmen seit über zehn Jahren auch gegen

feindliche Übernahmen wappnet – siehe Seite 18. Das sieht Lothar Hageböling, der Leiter der Staatskanzlei in Hannover, genauso. „Es gibt keinen vernünftigen Grund, an dem Bewährten zu rütteln. Das gilt erst recht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“, sagt der CDU-Mann. Als

Vertreter des Landes Niedersachsen im Aufsichtsrat des Stahlkonzerns startt er weniger auf Dividenden und steigende Börsenkurse, sein Augenmerk gilt der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Entwicklung der strukturschwachen Region.

Auch bei Bosch in Stuttgart, dem größten Automobilzulieferer der Welt, sind sich die Arbeitnehmervertreter – siehe Seite 10 – bewusst, dass sie nicht schuften müssen, um renditegerige Aktio-

näre zu befriedigen. Dank seiner Rücklagen konnte das Stiftungsunternehmen eine Innovationsführerschaft aufbauen und eine nachhaltige Unternehmensstrategie verfolgen, die auch mitunter hohe Anlaufverluste tolerierte. Und zu der auch eine nachhaltige Personal- und Beschäftigungspolitik gehört. Doch dramatische Umsatzrückgänge lassen nun zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte einen Milliardenverlust erwarten. „Auch ein Stiftungsunternehmen setzt den Markt nicht außer Kraft“, konstatiert Hartwig Geisel, Betriebsratsvorsitzender am Standort Feuerbach.

Was tun? Wir fragten Ex-Wirtschaftsstaatssekretär Alfred Tacke, der 1998 mit dem Einstieg des Landes Niedersachsen die Salzgitter AG gerettet hat, ob angesichts der gewaltigen öffentlichen Mittel, mit denen der Staat derzeit dem offenkundigen Marktversagen gegenzusteuern versucht, direkte Staatsbeteiligungen die Wirtschaft stabilisieren könnten. „Alle, die das fordern, überschätzen die Handlungsfähigkeit öffentlicher Einrichtungen“, lautet seine nüchtern-pragmatische Antwort – mehr davon auf Seite 22.



MARGARETE HASEL
margarete-hasel@boeckler.de